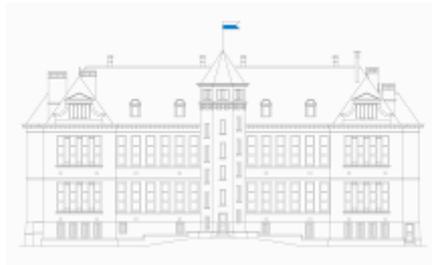


EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Inhaltsverzeichnis

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament.....	5
Niederländische Regierung will EU-Kompetenzen ohne Vertragsänderung einschränken	5
Staatsministerium des Innern	5
Innere Sicherheit.....	5
Europäischer Datenschutzbeauftragter kritisiert Vorschläge zu den Intelligenten Grenzen	5
Verkehr	6
Konsultation der Kommission über Qualifikation und Weiterbildung von Berufskraftfahrern.....	6
Bauen und Wohnen	6
Kommission startet Konsultation zu den Umweltauswirkungen von Gebäuden	6
EuRH: Erhebliche Kostenunterschiede bei von der EU kofinanzierten Straßenprojekten.....	7
Preise für Wohnimmobilien im Euroraum um 2,2 % gesunken	7
Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz.....	7
Kommission legt Massnahmenpaket zur Einrichtung einer Europäischen Staatsanwaltschaft vor	7
Kommission stellt Überarbeitung der Pauschalreiserichtlinie vor.....	9
JURI und FEMM-Ausschuss stellen Berichtsentwurf zur Frauenquote vor	9
IMCO-Ausschuss: überraschende Wendung gegen optionales Kaufrecht	9
Kommission führt Konsultationsverfahren zu Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten durch ...	10
Staatsministerium der Finanzen	10
Einheitlicher Abwicklungsmechanismus für Banken	10
Neue Beihilfavorschriften für den Finanzsektor.....	11
Wesentliche Ergebnisse der Sitzung der Eurogruppe vom 08.07.2013.....	11
Wesentliche Ergebnisse des ECOFIN-Rates vom 09.07.2013	12
Rat einigt sich auf Position zum EU-Haushalt 2014.....	12
MdEP Jean-Luc Dehaene neuer Berichterstatter zum MFR	13
Umsetzung des Rettungspaketes für Irland - 11. Troika-Mission	13
Kommissionsvorschlag zur Einrichtung einer Europäischen Staatsanwaltschaft	13
Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	14
Wirtschaft mit Binnenmarkt und Industrie.....	14
Einheitlicher Abwicklungsmechanismus für Banken	14
Neue Beihilfavorschriften für den Finanzsektor.....	14
MdEP Jean-Luc Dehaene neuer Berichterstatter zum MFR	15



Zweiter Vorschlag der Kommission für Verordnung über De-minimis-Beihilfen zur Konsultation vorgelegt	15
Aussenwirtschaft.....	16
EU und USA schließen erste Verhandlungsrunde über transatlantisches Freihandelsabkommen ab	16
Kommission legt WTO-Beschwerde gegen russische „Recyclingabgabe“ auf KFZ ein	16
Energie	17
Kommission genehmigt deutsche ETS-Beihilfen für energieintensive Unternehmen, aber nicht für Produzenten von nicht-eisenhaltigem Metall.....	17
Kommission startet Konsultation zu den Umweltauswirkungen von Gebäuden	17
Verkehr	17
Konsultation der Kommission über Qualifikation und Weiterbildung von Berufskraftfahrern.....	17
Technologie und Innovation	18
„Innovation Investment Package“ der Kommission für öffentlich-private Partnerschaften im Rahmen von Horizont 2020	18
Kommission unterstützt Technologie-Startups mit 100 Mio. €	18
Sonstiges	19
Kommission genehmigt Übernahme von Net4gas durch Allianz und OMERS	19
Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	19
Ergebnisse des Agrarrats am 15.07.2013 in Brüssel	19
EP-Umweltausschuss stimmt Obergrenze für Biokraftstoffe aus Nahrungsmittelpflanzen und Anrechnung von ILUC zu	20
Bienengesundheit: Mitgliedstaaten stimmen Teilverbot des Insektizids Fipronil zu.....	21
EFSA legt Leitlinien zur Bewertung der Bienengefährlichkeit von Pestiziden vor.....	21
Kommission startet öffentliche Konsultation gegen die Verschwendung von Lebensmitteln	21
Kommission startet öffentliche Konsultation zur nachhaltigen Verwendung von Phosphor	22
Kommission veröffentlicht kurzfristige Marktaussichten für Agrarprodukte 2013/14.....	23
Rat einigt sich auf Position zum EU-Haushalt 2014.....	23
MdEP Jean-Luc Dehaene neuer Berichterstatter zum MFR	23
ENVI-Ausschuss stimmt für den Vorschlag zur Änderung der Tabakproduktrichtlinie	24
Staatsministerium für Arbeit, Sozialordnung, Familie und Frauen	24
Entschließung des EP zu den Auswirkungen der Krise auf den Zugang schutzbedürftiger Gruppen zu Pflegedienstleistungen.....	24
Konsultation der Sozialpartner zu Schwarzarbeit.....	24
Berichtsentwurf des JURI- und FEMM-Ausschusses des EP zur sog. Frauenquote vorgestellt	25
Erste Ausgabe der „European social statistics“ von Eurostat	25
Staatsministerium für Unterricht und Kultus.....	25



Erste Gesamt-Sozialstatistik für die EU hebt engen Zusammenhang zwischen Bildungsgrad und Armut hervor.....	25
Europäisches Jugendportal Neu gestaltet.....	26
Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst.....	26
Kommissionsmitteilung zur Internationalisierung der Hochschulbildung	26
Kommissionsvorschläge für öffentlich-private Partnerschaften im Rahmen von „Horizont 2020“	27
Bayerische Forscher erfolgreich bei ERC-Stipendien	28
Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit.....	28
ENVI-Ausschuss stimmt für den Vorschlag zur Änderung der Tabakproduktrichtlinie	28
Kommission fragt nach Verbesserungsmöglichkeiten des Zugangs zu Gerichten in Umweltangelegenheiten	28
Eurobarometer-Umfrage legt Defizite der Verbraucherinformation bei umweltfreundlichen Produkten nahe	29
Kommission startet öffentliche Konsultation zur nachhaltigen Verwendung von Phosphor	29
Kommission startet Konsultation zu den Umweltauswirkungen von Gebäuden	29
Kommission startet Konsultation gegen die Verschwendung von Lebensmitteln	30
IuK- und Medienpolitik	30
Netzneutralität: Kommission will Vereinbarungen zwischen Internet Providern und Inhalten Anbietern zur Datenklassifizierung zulassen	30
ITRE-Ausschuss spricht sich für Abschaffung der Roaminggebühren bis 2015 aus	31
EP verabschiedet Initiativbericht zu „Connected TV“ – litauische Ratspräsidentschaft sichert volle Unterstützung zu.....	31
EP: Rechtsausschuss erteilt Mandat für Trilogverhandlungen mit Rat und Kommission zur Richtlinie über kollektive Rechtewahrnehmung.....	31
Kommission untersucht Telekommunikationsunternehmen wegen Internetdienstleistungen.....	32
EP: S&D kritisiert griechischen Ministerpräsidenten Samaras wegen Schliessung von ERT	32
EU-Finanzhilfen zur Entwicklung von Apps und anderen digitalen Diensten.....	32



POLITISCHE SCHWERPUNKTE UND EUROPÄISCHES PARLAMENT

NIEDERLÄNDISCHE REGIERUNG WILL EU-KOMPETENZEN OHNE VERTRAGSÄNDERUNG EINSCHRÄNKEN

Die niederländische Regierung hat dem niederländischen Parlament einen Subsidiaritätsbericht erstattet und sich dabei gegen eine weitere Vertiefung der EU ausgesprochen. Stattdessen plädiert sie für die Rückverlagerung von Zuständigkeiten an die Mitgliedstaaten und eine zurückhaltendere EU. Anders als der britische Premierminister *Cameron* betont die niederländische Regierung aber, dass sie keine Vertragsänderungen oder nur für ihr Land geltende Sonderregeln anstrebt, sondern eine politische Vereinbarung über die künftigen Prioritäten der EU im Zusammenhang mit der Neubildung der Kommission Ende 2014. Das Papier soll im niederländischen Parlament diskutiert und anschließend in der EU zur Debatte gestellt werden. Die niederländische Regierung ist der Auffassung, dass Zeit für die von den Europäischen Verträgen seit 1957 postulierte „immer engere Union“ (aktuell in Art. 1 EU-Vertrag) vorbei ist. Der Bericht enthält neun allgemeine Empfehlungen für das Rechtssetzungsverfahren in der EU sowie 54 Bereiche, in denen die EU künftig stärkere Zurückhaltung üben sollte. In bestimmten Bereichen sei aber weitere europäische Rechtssetzung notwendig.

Bericht (englische Fassung):

<http://www.government.nl/files/documents-and-publications/notes/2013/06/21/testing-european-legislation-for-subsidiarity-and-proportionality-dutch-list-of-points-for-action/eindrapportage-definitief.pdf>

Erläuterungen des niederländischen Außenministeriums (englische Fassung)

<http://www.government.nl/documents-and-publications/notes/2013/06/21/nl-subsidiarity-review-explanatory-note.html>

STAATSMINISTERIUM DES INNERN

INNERE SICHERHEIT

EUROPÄISCHER DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER KRITISIERT VORSCHLÄGE ZU DEN INTELLIGENTEN GRENZEN

Der Europäische Datenschutzbeauftragte *Peter Hustinx* hat in einer am 19.07.2013 veröffentlichten Stellungnahme die Verhältnismäßigkeit des von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmenpakets zu den „Intelligenten Grenzen“ bezweifelt. Nach seiner Ansicht bietet die mit den Vorschlägen vorgelegte Folgenabschätzung keine Anzeichen dafür, dass das System effizient genug sein werde, um die Kosten und die Eingriffe in die Privatsphäre der Betroffenen zu rechtfertigen. Die Kommission hatte das Maßnahmenpaket



zu den „Intelligenten Grenzen“ am 28.02.2013 angenommen. Es umfasst einen Vorschlag für ein Einreise-/Ausreisensystem (EES) sowie einen Vorschlag für ein Registrierungsprogramm für Reisende (RTP). Damit soll Vielreisenden aus Drittstaaten die Einreise in den Schengen-Raum erleichtert und gleichzeitig die Sicherheit der EU-Außengrenzen u.a. durch eine leichtere Identifizierung von Personen, die ihre Aufenthaltsgenehmigung überschritten haben („Overstayer“), erhöht werden.

Pressemitteilung des Europäischen Datenschutzbeauftragten (in deutscher Sprache):

https://secure.edps.europa.eu/EDPSWEB/webdav/site/mySite/shared/Documents/EDPS/PressNews/Press/2013/EDPS-2013-08_Smart%20Borders_DE.pdf

Stellungnahme des Europäischen Datenschutzbeauftragten (in englischer Sprache):

https://secure.edps.europa.eu/EDPSWEB/webdav/site/mySite/shared/Documents/Consultation/Opinions/2013/13-07-18_Smart_borders_EN.pdf

VERKEHR

KONSULTATION DER KOMMISSION ÜBER QUALIFIKATION UND WEITERBILDUNG VON BERUFSKRAFTFAHRERN

Die Kommission hat am 17.07.2013 eine Konsultation zur Richtlinie 2003/59/EG über die Grundqualifikation und Weiterbildung der Fahrer bestimmter Kraftfahrzeuge für den Güter- oder Personenkraftverkehr gestartet. Mit den Ergebnissen der Befragung erhofft sich die Kommission beurteilen zu können, ob die Richtlinie ihre Ziele erreicht hat und welche konkreten Schritte und Maßnahmen ggf. ergriffen werden könnten, um die Effektivität und Wirksamkeit der Richtlinie zu steigern. Eine Teilnahme an der Konsultation ist noch bis zum 25.10.2013 möglich.

Weitere Informationen zur Konsultation und Online-Formular:

http://ec.europa.eu/transport/media/consultations/2013-professional-drivers-training_en.htm

BAUEN UND WOHNEN

KOMMISSION STARTET KONSULTATION ZU DEN UMWELTAUSWIRKUNGEN VON GEBÄUDEN

Die Kommission hat am 09.07.2013 eine Konsultation zum Thema „Verringerung der Umweltauswirkungen von Gebäuden“ gestartet. Die Konsultation soll zur Vorbereitung von Empfehlungen der Kommission für Maßnahmen dienen, durch die der Gebäudesektor nachhaltiger und umweltfreundlicher werden kann. Eine Teilnahme an der Konsultation ist bis 01.10.2013 möglich.

Online-Formular:

http://ec.europa.eu/environment/consultations/buildings_en.htm



EURH: ERHEBLICHE KOSTENUNTERSCHIEDE BEI VON DER EU KOFINANZIERTEN STRASSENPROJEKTEN

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) hat in seinem am 15.07.2013 vorgestellten Sonderbericht erhebliche Kostenunterschiede bei von der EU kofinanzierten Straßenprojekten festgestellt. Zur Erstellung des Berichts hatte der EuRH 24 Investitionsprojekte im Bereich Straßenbau in Deutschland, Griechenland, Spanien und Polen untersucht, für die Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und dem Kohäsionsfonds zur Verfügung gestellt worden waren. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass Kostenunterschiede zwischen den Mitgliedstaaten bestehen. Die in Deutschland durchgeführten Projekte waren dabei am kostengünstigsten.

Sonderbericht Nr. 5 // 2013 des EuRH:

<http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/22810810.PDF>

Pressemitteilung des EuRH vom 15.07.2013:

<http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/22846956.PDF>

PREISE FÜR WOHNIMMOBILIEN IM EURORAUM UM 2,2 % GESUNKEN

Das Europäische Statistikamt (Eurostat) hat am 11.07.2013 eine Statistik über die Entwicklung der Preise für Wohnimmobilien im Euroraum des ersten Quartals 2013 gegenüber dem ersten Quartal 2012 veröffentlicht. Demnach fielen die Preise, gemessen durch den Hauspreisindex (HPI), im ersten Quartal 2013 im Vergleich zum Vorjahresquartal im Euroraum um 2,2 % und in der EU um 1,4 %. Gegenüber dem vierten Quartal 2012 fielen die Hauspreise im ersten Quartal 2013 im Euroraum um 1,0 % und in der EU um 0,6 %.

Pressemitteilungen von Eurostat mit ausführlichen Daten:

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/2-11042013-AP/DE/2-11042013-AP-DE.PDF

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/2-11072013-AP/DE/2-11072013-AP-DE.PDF

STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ UND FÜR VERBRAUCHERSCHUTZ

KOMMISSION LEGT MASSNAHMENPAKET ZUR EINRICHTUNG EINER EUROPÄISCHEN STAATSANWALTSCHAFT VOR

Am 17.07.2013 hat die Kommission nunmehr den lang erwarteten Verordnungsvorschlag zur Einrichtung einer Europäischen Staatsanwaltschaft (European Public Prosecutor's Office, EPPO) mitsamt einer dazugehörigen Mitteilung vorgelegt, die von einem Verordnungsvorschlag zur Überarbeitung der Eurojust-Verordnung und einer Mitteilungen zu Verbesserungen bei OLAF begleitet wurde. Kommissionspräsident *Jose Manuel Barroso* begrüßte den Vorschlag. Die EPPO werde dazu beitragen, dass Steuergelder besser geschützt und der Betrug mit EU-Mitteln wirksamer bekämpft werde. Außerdem habe die Kommission ihre Zusage eingehalten, die OLAF-Verfahrensgarantien im Einklang mit den Garantien, die die EPPO anwenden



werde, zu stärken. Kommissionsvizepräsidentin und Justizkommissarin *Viviane Reding* forderte die Mitgliedstaaten und das EP auf, dieses wichtige Vorhaben zu unterstützen und äußerte die Hoffnung, dass die EPPO bereits am 01.01.2015 ihre Arbeit aufnehmen könne.

Als Beweggrund für den Vorschlag, eine EPPO einzurichten nennt die Kommission, dass in den Mitgliedstaaten die von OLAF ermittelten und an die Mitgliedstaaten übergebenen Verfahren mit unterschiedlicher Intensität verfolgt würden. So unterscheide sich die Quote erfolgreicher Strafverfahren bei Straften zu Lasten des EU-Haushalts je nach Mitgliedstaat zum Teil erheblich, zum Teil würden die Taten gar nicht erst verfolgt. Diese Unterschiede will die Kommission durch ein einheitliches Vorgehen mit Hilfe von EPPO beseitigen.

Die vorgeschlagene Verordnung stützt sich auf Art. 86 AUEV. Demnach muss der Verordnungsvorschlag nach Zustimmung durch das EP einstimmig von den Mitgliedstaaten angenommen werden. Das EP kann seinerseits dem Vorschlag aber nur insgesamt oder gar nicht zustimmen, es kann keine inhaltlichen Änderungsvorschläge einbringen.

Nach den Regelungen des EU-Vertrages nimmt Dänemark an dem Vorhaben nicht teil, Irland und das Vereinigte Königreich haben die Möglichkeit des Opt-Ins, wobei das Vereinigte Königreich schon angekündigt hat, an dem Vorschlag zwar inhaltlich gestalterisch mitwirken, aber von der Opt-in-Möglichkeit nicht Gebrauch machen zu wollen.

Sollte keine Einstimmigkeit erreicht werden, bliebe noch die Möglichkeit der Verstärkten Zusammenarbeit, wenn sich mindestens neun Mitgliedstaaten hierzu entschließen (Art. 86 Abs. 1 UAbs. 3 AEUV).

Pressemitteilung der Kommission vom 17.07.2013:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-709_de.htm

VO-Vorschlag zur Einrichtung einer EPPO (nur in englischer Sprache):

http://ec.europa.eu/justice/criminal/files/regulation_eppo_en.pdf

Mitteilung zur Einrichtung einer EPPO (nur in englischer Sprache):

http://ec.europa.eu/justice/criminal/files/communication_eppo_en.pdf

Memo zur EPPO (FAQ):

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-693_de.htm

VO-Vorschlag zur Reform von Eurojust (nur in englischer Sprache):

http://ec.europa.eu/justice/criminal/files/regulation_eurojust_en.pdf

Mitteilung zu OLAF (nur in englischer Sprache):

http://ec.europa.eu/justice/criminal/files/com_2013_533_en.pdf

Impact Assessment zu EPPO - Langfassung (nur in englischer Sprache):

http://ec.europa.eu/justice/criminal/files/swd_2013_274_en.pdf

Impact Assessment zu EPPO - Zusammenfassung (nur in englischer Sprache):

http://ec.europa.eu/justice/criminal/files/swd_2013_275_en.pdf



KOMMISSION STELLT ÜBERARBEITUNG DER PAUSCHALREISERICHTLINIE VOR

Am 09.07.2013 stellten Kommissionsvizepräsidentin und Justizkommissarin *Viviane Reding* und der für Industrie und Unternehmen zuständige Kommissar *Antonia Tajani* pünktlich zu Beginn der Sommerferien ihren Vorschlag für eine überarbeitete Pauschalreiserichtlinie vor. Durch die Neuregelung soll die bestehende Richtlinie dem Wandel der Zeit und der Digitalisierung des Reisemarktes und dem damit einhergehenden veränderten Buchungsverhalten der Reisenden angepasst werden. *Reding* sieht in dem Reformvorschlag „einen großen Schritt zum Schutz der Millionen Verbraucher, die individuelle Reisearrangements buchen“. Der Vorschlag wird nun im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren von Rat und Parlament beraten werden.

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-663_de.htm

Richtlinienvorschlag der Kommission vom 09.07.2013:

http://ec.europa.eu/justice/consumer-marketing/files/com_2013_512_de.pdf

Pauschalreise-Richtlinie 90/314/EG:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:1990:158:0059:0064:DE:PDF>

JURI UND FEMM-AUSSCHUSS STELLEN BERICHTSENTWURF ZUR FRAUENQUOTE VOR

Am 09.07.2013 stellten die beiden Berichterstatterinnen MdEP *Evelyn Regner* (S&D, AUT) und MdEP *Rodi Kratsa-Tsagaropoulou* (EVP, GRC) der federführenden Ausschüsse JURI und FEMM in einer gemeinsamen Sitzung ihren Berichtsentwurf zum Richtlinienvorschlag zur Gewährleistung einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern unter den nicht geschäftsführenden Direktoren/Aufsichtsratsmitgliedern börsennotierter Gesellschaften und über damit zusammenhängende Maßnahmen vor (s. Bericht des StMAS in diesem EB).

Link zum Berichtsentwurf:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=->

[%2f%2fEP%2f%2fNONGML%2bCOMPARL%2bPE-514.670%2b01%2bDOC%2bPDF%2bV0%2f%2fDE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fNONGML%2bCOMPARL%2bPE-514.670%2b01%2bDOC%2bPDF%2bV0%2f%2fDE)

IMCO-AUSSCHUSS: ÜBERRASCHEWENDE WENDUNG GEGEN OPTIONALES KAUFRECHT

Am 09.07.2013 hat der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) in seiner Funktion als mitberatender Ausschuss über die Änderungsanträge der Co-Berichterstatter Prof. *Hans-Peter Mayer* (EVP, DEU) und *Evelyne Gebhardt* (S&D, DEU) zum Gemeinsamen Europäischen Kaufrecht (GEK) abgestimmt. Dabei hat sich bei den divergierenden Anträgen überraschend *Evelyne Gebhardt* mit ihren Änderungsanträgen gegenüber Prof. *Hans-Peter Mayer* und seinen Ansichten durchgesetzt. Die nunmehr angenommene Stellungnahme, die in der Endfassung noch nicht vorliegt, sieht entgegen dem Kommissionsvorschlag eine Mindestharmonisierung vor und spricht sich damit ausdrücklich gegen die Ausgestaltung des EU-Kaufrechts als optionales Instrument aus.



Der federführende Rechtsausschuss (JURI) wird im September über seinen Berichtsentwurf abstimmen. Der dortige Berichtsentwurf von Berichterstatter *Klaus-Heiner Lehne* (EVP, DEU) sieht u.a. vor, dass der Anwendungsbereich des optionalen Kaufrechts auf den Onlinehandel bzw. Fernabsatz beschränkt werden soll (EB 04/13).

KOMMISSION FÜHRT KONSULTATIONSVERFAHREN ZU ZUGANG ZU GERICHTEN IN UMWELTANGELEGENHEITEN DURCH

Die Kommission führt derzeit eine Konsultation zu der Frage durch, wie sich der Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten verbessern ließe. Dabei beschäftigt sie sich in drei Abschnitten mit der grundsätzlichen Bedeutung der einzelnen Gewährleistungen eines wirksamen Zugangs zu Gerichten in Umweltangelegenheiten, mit diesbezüglichen Verbesserungsmöglichkeiten und schließlich der konkreten Rolle von EU-Maßnahmen in diesem Rahmen. Interessenten können noch bis zum 23.09.2013 an der Konsultation teilnehmen (s. Beitrag des StMUG in diesem EB).

Link:

http://ec.europa.eu/environment/consultations/access_justice_en.htm

STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN

EINHEITLICHER ABWICKLUNGSMECHANISMUS FÜR BANKEN

Die Kommission hat am 10.07.2013 ihren Verordnungsvorschlag für einen Einheitlichen Abwicklungsmechanismus für Banken vorgestellt. Der Einheitliche Abwicklungsmechanismus ergänzt die gemeinsame Bankenaufsicht im Euroraum (Bankenaufsicht durch die EZB), die ihre Arbeit Ende 2014 aufnehmen soll, und baut auf dem noch im Gesetzgebungsverfahren befindlichen Kommissionsvorschlag für eine Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Banken auf. Die in dieser Richtlinie vorgesehenen materiellen Bestimmungen für die Sanierung und Abwicklung von Banken sollen auch im Rahmen des Einheitlichen Abwicklungsmechanismus gelten. Der Abwicklungsmechanismus soll wie folgt funktionieren: EZB als gemeinsame Bankenaufsichtsbehörde initiiert das Abwicklungsverfahren; Vorbereitung der Abwicklung durch einen neuen Ausschuss für die Einheitliche Abwicklung; Letztentscheidungsrecht bei der Kommission; Umsetzung der Abwicklungsentscheidungen durch die nationalen Abwicklungsbehörden; Einrichtung eines einheitlichen Bankenabwicklungsfonds. Der Verordnungsvorschlag muss noch von Rat und EP angenommen werden. Der Europäische Rat (ER) hat für den Rat das Ziel ausgegeben, noch bis Ende 2013 eine allgemeine Ausrichtung zu erreichen. In den ersten Monaten des Jahres 2014 könnten dann die Trilogverhandlungen zwischen Rat und EP stattfinden, sodass der Vorschlag noch vor Ende der laufenden Legislaturperiode des EP angenommen werden könnte.

Pressemitteilung der Kommission zum Einheitlichen Abwicklungsmechanismus:



http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-674_de.htm

FAQ zum Einheitlichen Abwicklungsmechanismus:

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-675_en.htm

Verordnungsvorschlag der Kommission:

http://ec.europa.eu/internal_market/finances/banking-union/index_de.htm

NEUE BEIHILFEVORSCHRIFTEN FÜR DEN FINANZSEKTOR

Am 10.07.2013 hat die Kommission überarbeitete Vorschriften für staatliche Beihilfen für Finanzinstitute vorgelegt. Nach den geänderten Vorschriften wird nunmehr verlangt, dass Banken einen soliden Plan für ihre Umstrukturierung oder geordnete Abwicklung vorlegen, bevor sie Rekapitalisierungsmaßnahmen in Anspruch nehmen können. Banken mit einer ausgewiesenen Kapitallücke müssen dafür sorgen, dass Anteilseigner und Inhaber nachrangiger Schuldtitel einen angemessenen Beitrag zur Deckung des Kapitalbedarfs leisten, bevor es zu staatlichen Rekapitalisierungsmaßnahmen kommt. Banken, die sich in der Umstrukturierung befinden oder staatliche Unterstützung erhalten, müssen eine restriktive Vergütungspolitik verfolgen.

Pressemitteilung der Kommission zu den Vorschriften für staatliche Beihilfen für Finanzinstitute:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-672_de.htm

Text der neuen Beihilfevorschriften:

http://ec.europa.eu/competition/state_aid/legislation/banking_communication_de.pdf

WESENTLICHE ERGEBNISSE DER SITZUNG DER EUROGRUPPE VOM 08.07.2013

Die Troika hat im Rahmen ihrer jüngsten Griechenland-Mission zwar festgestellt, dass Griechenland mit der Programmumsetzung nach wie vor auf Kurs ist. Die Reformfortschritte vollziehen sich in einigen Bereichen aber nur sehr langsam (z. B. Privatisierungen). Die Auszahlung der nächsten Tranche soll daher in zwei Sub-Tranchen vollzogen werden: 2,5 Mrd. € noch im Juli, weitere 0,5 Mrd. € im Oktober. Voraussetzung ist, dass Griechenland jeweils rechtzeitig die vereinbarten Reformmaßnahmen implementiert hat. Der IWF wird Ende Juli voraussichtlich 1,8 Mrd. € freigeben. Daneben bekommt Griechenland in den nächsten Monaten die von den Zentralbanken mit dem SMP-Programm (Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB) erzielten Gewinne in Höhe von 2 Mrd. € ausbezahlt (1,5 Mrd. € im Juli, 0,5 Mrd. € im Oktober). Das Rettungsprogramm für den spanischen Bankensektor ist aus Sicht der Eurogruppe auf Kurs. Derzeit wird davon ausgegangen, dass über die bereits ausbezahlten 41,3 Mrd. € hinaus keine weiteren ESM-Mittel benötigt werden. An Zypern hat die Eurogruppe nochmals appelliert, sein Anpassungsprogramm konsequent umzusetzen. Über die Freigabe der nächsten Tranche wird nach Abschluss der ersten Troika-Mission in Zypern im September entschieden. Slowenien führt über den Sommer eine Überprüfung der Bankbilanzen und Stresstests durch, um den genauen Kapitalbedarf seiner Banken zu beziffern. Bisher hat Slowenien keinen Hilfsantrag gestellt, wird aber immer wieder als Kandidat für ein Rettungsprogramm gehandelt. Der IWF hat in der Eurogruppe seine aktuellen Empfehlungen für den Euroraum vorgestellt: Bereinigung der Bankbilanzen, Vervollständigung der Bankenunion, insbesondere Schaffung eines einheitlichen Abwicklungsmechanismus, Fortsetzung der



konventionellen und unkonventionellen Maßnahmen durch die EZB und konsequente Umsetzung von Strukturreformen.

Erklärung der Eurogruppe zu Griechenland:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/137870.pdf

WESENTLICHE ERGEBNISSE DES ECOFIN-RATES VOM 09.07.2013

Der ECOFIN-Rat hat die länderspezifischen Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters 2013 formal angenommen. Diese waren am 27./28.06.2013 bereits vom Europäischen Rat (ER) politisch gebilligt worden (EB 12/13). Daneben hat der ECOFIN-Rat die formale Entscheidung getroffen, dass Lettland mit Wirkung zum 01.01.2014 als 18. Mitgliedstaat dem Euroraum beitrifft. Dies war nach der politischen Billigung durch den ER und der befürwortenden Stellungnahme des EP (EB 12/13) eine reine Formsache. Im Rahmen eines Berichtigungshaushalts zum EU-Haushalt 2013 hat der ECOFIN-Rat zur Deckung bestehender Zahlungsverpflichtungen der EU zusätzliche Zahlungsermächtigungen in Höhe von 7,3 Mrd. € formal freigegeben. Gleichzeitig hat der ECOFIN-Rat nochmals versichert, dass er weitere Zahlungsermächtigungen bewilligen werde, wenn dies notwendig ist, damit die EU ihre Verpflichtungen erfüllen kann.

Pressemitteilung des Rates zur Sitzung des ECOFIN-Rates:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/137928.pdf

Pressemitteilung zu den länderspezifischen Empfehlungen:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/137875.pdf

Verhaltenskodex zur Überwachung und Bewertung der Entwürfe der nationalen Haushaltspläne der Euro-Mitgliedstaaten:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/13/st11/st11993.en13.pdf>

Mitteilung über einen harmonisierten Rahmen für die Übersichten über die Haushaltsplanung und die Berichte über die Emission von Schuldtiteln im Euroraum:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/13/st09/st09331.de13.pdf>

Verordnung zum Inhalt und Umfang der Berichtspflichten von Mitgliedstaaten im Defizitverfahren:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/13/st10/st10014.de13.pdf>

RAT EINIGT SICH AUF POSITION ZUM EU-HAUSHALT 2014

Der Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV, Botschafter) hat am 18.07.2013 seine Position zum EU-Haushalt 2014 angenommen. Die Verpflichtungsermächtigungen sollen - ohne Instrumente außerhalb des Mehrjährigen Finanzrahmens - 141,77 Mrd. € (1,05 % des BNE) betragen, die Zahlungsermächtigungen 134,8 Mrd. € (1,0 % des BNE). Im Vergleich zum Vorjahr sinken die Verpflichtungsermächtigungen nach der Ratsposition um rund 9 Mrd. € bzw. rund 6 %, die Zahlungsermächtigungen steigen um rund 1,7 Mrd. € bzw. 1,3 %. Der vor Kurzem verabschiedete Berichtigungshaushalt zum EU-Haushalt 2013, mit dem in einer ersten Tranche zusätzliche Zahlungsermächtigungen in Höhe von 7,3 Mrd. € bewilligt wurden, ist dabei aber noch nicht berücksichtigt. Wird dieser Berichtigungshaushalt in die Betrachtung einbezogen, dann sinken die



Zahlungsermächtigungen 2014 im Vergleich zum Vorjahr deutlich. Das EP wird seine Position voraussichtlich in der Plenarwoche vom 21. - 24.10.2013 festlegen. Weicht die EP-Position – wie zu erwarten ist – von der des Rates ab, kommt es vom 24.10. - 13.11.2013 zu einem 21-tägigen Vermittlungsverfahren. Bis Ende des Jahres soll der Haushaltsplan 2014 vom EP endgültig festgestellt werden.

Pressemitteilung des Rates:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/ecofin/138144.pdf

MDEP JEAN-LUC DEHAENE NEUER BERICHTERSTATTER ZUM MFR

MdEP *Jean-Luc Dehaene* (EVP, BEL), stellvertretender Vorsitzender des Haushaltsausschusses des EP und von 1992 - 1999 belgischer Ministerpräsident, wurde am 11.07.2013 zum neuen Berichterstatter für den Mehrjährigen Finanzrahmen 2014 - 2020 (MFR) ernannt. Der bisherige Berichterstatter zum MFR, MdEP *Reimer Böge*, war am 20.06.2013 im Zuge der sehr strittigen Verhandlungen zum MFR zurückgetreten (EB 11-13). *Jean-Luc Dehaene* war als Berichterstatter zu den Eigenmitteln bereits Mitglied des Verhandlungsteams des EP und übernimmt nunmehr auch die Berichterstattung zum MFR.

Pressemitteilung der EVP:

<http://www.eppgroup.eu/press-release/MFF%3A-Jean-Luc-Dehaene-new-Rapporteur>

UMSETZUNG DES RETTUNGSPAKETES FÜR IRLAND - 11. TROIKA-MISSION

Die Troika kam im Rahmen der elften Überprüfung des irischen Anpassungsprogramms vom 09.07. - 18.07.2013 zu dem Ergebnis, dass Irland mit der Programmumsetzung nach wie vor auf Kurs ist. Die hohe Arbeitslosigkeit bleibe neben der Haushaltskonsolidierung und der Stabilität des Finanzsektors eine der zentralen Herausforderungen bei der Umsetzung des Anpassungsprogramms. Auf der Grundlage des positiven Votums der Troika steht nunmehr die Auszahlung einer weiteren Tranche in Höhe von 2,3 Mrd. € durch die EFSF, 0,8 Mrd. € durch den IWF und 0,3 Mrd. € aus bilateralen Krediten an. Die nächste Programmüberprüfung ist für Oktober 2013 angesetzt. Irland plant, sich nach Ablauf des Rettungsprogramms ab Anfang 2014 wieder über die Finanzmärkte zu finanzieren. Es bleibt abzuwarten, ob Irland ein weiteres Rettungsprogramm, z. B. mit vorsorglichen Kreditlinien aus dem ESM, benötigt.

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-703_en.htm

KOMMISSIONSVORSCHLAG ZUR EINRICHTUNG EINER EUROPÄISCHEN STAATSANWALTSCHAFT

Die Kommission hat am 17.07.2013 die Einrichtung einer Europäischen Staatsanwaltschaft vorgeschlagen. Damit sollen ab 2015 EU-weit Straftaten zu Lasten des EU-Haushalts wirksamer bekämpft werden. Die Europäische Staatsanwaltschaft wird Ermittlungs- und Strafverfolgungsaufgaben übernehmen und ggf. bei Straftaten zu Lasten des EU-Haushalts vor den Gerichten der Mitgliedstaaten Anklage erheben. Die europäische Betrugsbekämpfungsbehörde OLAF wird weiterhin für Verwaltungsuntersuchungen in Bereichen verantwortlich sein, die nicht in die Zuständigkeit der Europäischen Staatsanwaltschaft fallen. Dazu gehören



Unregelmäßigkeiten zu Lasten der finanziellen Interessen der EU und schweres Fehlverhalten oder Straftaten von EU-Bediensteten ohne finanzielle Auswirkungen. Die vorgeschlagene Verordnung muss nach Zustimmung des EP einstimmig von den Mitgliedstaaten im Rat angenommen werden.

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-709_de.htm

STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, INFRASTRUKTUR, VERKEHR UND TECHNOLOGIE

WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE

EINHEITLICHER ABWICKLUNGSMECHANISMUS FÜR BANKEN

Die Kommission hat am 10.07.2013 ihren Verordnungsvorschlag für einen Einheitlichen Abwicklungsmechanismus für Banken vorgestellt. Der Einheitliche Abwicklungsmechanismus ergänzt die gemeinsame Bankenaufsicht im Euroraum (Bankenaufsicht durch die EZB), die ihre Arbeit Ende 2014 aufnehmen soll, und baut auf dem noch im Gesetzgebungsverfahren befindlichen Kommissionsvorschlag für eine Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Banken auf. Die in dieser Richtlinie vorgesehenen materiellen Bestimmungen für die Sanierung und Abwicklung von Banken sollen auch im Rahmen des Einheitlichen Abwicklungsmechanismus gelten. Der Abwicklungsmechanismus soll wie folgt funktionieren: EZB als gemeinsame Bankenaufsichtsbehörde initiiert das Abwicklungsverfahren; Vorbereitung der Abwicklung durch einen neuen Ausschuss für die Einheitliche Abwicklung; Letztentscheidungsrecht bei der Kommission; Umsetzung der Abwicklungsentscheidungen durch die nationalen Abwicklungsbehörden; Einrichtung eines einheitlichen Bankenabwicklungsfonds. Der Verordnungsvorschlag muss noch von Rat und EP angenommen werden. Der Europäische Rat (ER) hat für den Rat das Ziel ausgegeben, noch bis Ende 2013 eine allgemeine Ausrichtung zu erreichen. In den ersten Monaten des Jahres 2014 könnten dann die Trilogverhandlungen zwischen Rat und EP stattfinden, sodass der Vorschlag noch vor Ende der laufenden Legislaturperiode des EP angenommen werden könnte (s. Beitrag des StMF in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission zum Einheitlichen Abwicklungsmechanismus:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-674_de.htm

Verordnungsvorschlag der Kommission:

http://ec.europa.eu/internal_market/finances/banking-union/index_de.htm

NEUE BEIHILFEVORSCHRIFTEN FÜR DEN FINANZSEKTOR

Am 10.07.2013 hat die Kommission überarbeitete Vorschriften für staatliche Beihilfen für Finanzinstitute vorgelegt. Nach den geänderten Vorschriften wird nunmehr verlangt, dass Banken einen soliden Plan für ihre Umstrukturierung oder geordnete Abwicklung vorlegen, bevor sie Rekapitalisierungsmaßnahmen in Anspruch



nehmen können. Banken mit einer ausgewiesenen Kapitalücke müssen dafür sorgen, dass Anteilseigner und Inhaber nachrangiger Schuldtitel einen angemessenen Beitrag zur Deckung des Kapitalbedarfs leisten, bevor es zu staatlichen Rekapitalisierungsmaßnahmen kommt. Banken, die sich in der Umstrukturierung befinden oder staatliche Unterstützung erhalten, müssen eine restriktive Vergütungspolitik verfolgen (s. Beitrag des StMF in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission zu den Vorschriften für staatliche Beihilfen für Finanzinstitute:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-672_de.htm

Text der neuen Beihilfevorschriften:

http://ec.europa.eu/competition/state_aid/legislation/banking_communication_de.pdf

MDEP JEAN-LUC DEHAENE NEUER BERICHTERSTATTER ZUM MFR

MdEP *Jean-Luc Dehaene* (EVP, BEL), stellvertretender Vorsitzender des Haushaltsausschusses des EP und von 1992 - 1999 belgischer Ministerpräsident, wurde am 11.07.2013 zum neuen Berichterstatter für den Mehrjährigen Finanzrahmen 2014 - 2020 (MFR) ernannt. Der bisherige Berichterstatter zum MFR, MdEP *Reimer Böge*, war am 20.06.2013 im Zuge der sehr strittigen Verhandlungen zum MFR zurückgetreten (EB 11/13). *Jean-Luc Dehaene* war als Berichterstatter zu den Eigenmitteln bereits Mitglied des Verhandlungsteams des EP und übernimmt nunmehr auch die Berichterstattung zum MFR.

Pressemitteilung der EVP:

<http://www.eppgroup.eu/press-release/MFF%3A-Jean-Luc-Dehaene-new-Rapporteur>

ZWEITER VORSCHLAG DER KOMMISSION FÜR VERORDNUNG ÜBER DE-MINIMIS-BEIHILFEN ZUR KONSULTATION VORGELEGT

Die Kommission hat am 17.07.2013 einen zweiten, überarbeiteten Entwurf der Nachfolgeregelung für die allgemeine De-minimis-Verordnung (EG) Nr. 1998/2006 vorgelegt und damit eine weitere öffentliche Konsultation bis zum 09.09.2013 eingeleitet. Ziel ist die Verabschiedung einer neuen De-minimis-Verordnung bis zum 31.12.2013. Inhaltlich enthält der zweite Entwurf, der auf den Ergebnissen der ersten Konsultation im Frühjahr 2013 basiert, einige neue Vorschläge; in weiten Teilen ist er aber unverändert geblieben. Die Kommission will insbesondere den aktuellen Schwellenwert für De-minimis-Beihilfen von 200.000 € innerhalb von drei Steuerjahren (100.000 € im Straßengüterverkehrssektor) entgegen vieler Erwartungen nicht erhöhen.

Pressemitteilung der Kommission :

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-699_de.htm

Konsultationsseite mit Link zum neuen Vorschlag :

http://ec.europa.eu/competition/consultations/2013_second_de_minimis/index_en.html



AUSSENWIRTSCHAFT

EU UND USA SCHLIESSEN ERSTE VERHANDLUNGSRUNDE ÜBER TRANSATLANTISCHES FREIHANDELSABKOMMEN AB

Am 12.07.2013 ging in Washington D.C. nach einer Woche die erste Verhandlungsrunde über eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zu Ende. Nach Angaben der Kommission wurden dabei alle Themen des geplanten Abkommens ausnahmslos angesprochen. 150 Verhandlungspartner in insgesamt 24 Arbeitsgruppen handeln die Details des möglichen Abkommens aus. Hierzu gehören z. B. die Bereiche zur Öffnung der Märkte für landwirtschaftliche Produkte, Energie und Rohstoffe, Wettbewerb, Dienstleistungen, öffentliches Beschaffungswesen, Zoll- und Handelserleichterungen und Waren-Ursprungsregeln. Der US-amerikanische Verhandlungsführer *Dan Mullaney* und sein spanischer EU-Kollege *Ignacio Garcia-Bercero* zeigten sich zufrieden mit den bisherigen Gesprächen, betonten den gegenseitigen Willen für eine Einigung und äußerten sich optimistisch für die weiteren Verhandlungen. Die nächste Verhandlungsrunde wird am 07.10.2013 in Brüssel beginnen.

Pressemitteilung der Kommission :

<http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=941>

KOMMISSION LEGT WTO-BESCHWERDE GEGEN RUSSISCHE „RECYCLINGABGABE“ AUF KFZ EIN

Die Kommission hat am 09.07.2013 bei der Welthandelsorganisation (WTO) Beschwerde gegen die von Russland am 01.09.2012 eingeführte „Recyclingabgabe“ auf Pkw, Lkw, Busse und andere Kraftfahrzeuge aus der EU eingelegt. Aufsteigend nach Alter des Fahrzeugs kann diese Abgabe zwischen 420 € und 17.200 € liegen, für Spezialfahrzeuge auch bei bis zu 147.700 €. Fahrzeuge aus Russland, Weißrussland und Kasachstan sind davon nicht betroffen. Die Kommission sieht darin eine Verletzung des WTO-Grundsatzes der Nicht-Diskriminierung und befürchtet negative Auswirkungen auf die Ausfuhren von EU-Kraftfahrzeugen nach Russland, die jährlich ca. 10 Mrd. € betragen. Russland habe laut Kommission auf dem letztjährigen EU-Russland-Gipfel die Abschaffung der Abgabe versprochen, dies aber nicht eingehalten. Sollte innerhalb von 60 Tagen bei den anstehenden WTO-Konsultationen keine Lösung gefunden werden, kann die EU bei der WTO die Einsetzung eines Panels beantragen, das über die Rechtmäßigkeit der russischen Maßnahmen befindet. Die eingereichte Beschwerde der EU ist die erste gegen Russland seit seinem Beitritt zur WTO im vergangenen Jahr.

Pressemitteilung der Kommission :

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-665_de.htm



ENERGIE

KOMMISSION GENEHMIGT DEUTSCHE ETS-BEIHILFEN FÜR ENERGIEINTENSIVE UNTERNEHMEN, ABER NICHT FÜR PRODUZENTEN VON NICHT-EISENHALTIGEM METALL

Die Kommission hat am 17.07.2013 zwei Entscheidungen mit Bezug auf deutsche Beihilfenmodelle von Kompensationszahlungen an Unternehmen, die von dem EU-Emissionszertifikatehandel (ETS) negativ betroffen sind, verkündet. Für vereinbar mit den Beihilfenvorgaben der EU wurden die 2013 bei der Kommission angemeldeten Ausgleichsregeln für energieintensive Betriebe in Deutschland erklärt, die sie für durch ETS entstehende Mehrkosten erhalten. Das 2009 von Deutschland angemeldete Modell von Hilfszahlungen an Produzenten von nicht-eisenhaltigem Metall (Aluminium, Kupfer, Zink) wurde hingegen als nicht vereinbar mit den Regeln des Binnenmarkts erklärt.

Pressemitteilung der Kommission (nur auf Englisch) :

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-704_en.htm?locale=en

KOMMISSION STARTET KONSULTATION ZU DEN UMWELTAUSWIRKUNGEN VON GEBÄUDEN

Die Kommission hat am 09.07.2013 eine Konsultation zum Thema „Verringerung der Umweltauswirkungen von Gebäuden“ gestartet. Nach Ansicht der Kommission werde in Gebäuden bei Planung, Bau, Nutzung und Abriss eine große Zahl von Ressourcen verbraucht, und ihre Auswirkungen auf Umwelt, Energieverbrauch und Klimawandel seien erheblich. Die Konsultation soll zur Vorbereitung von Empfehlungen der Kommission Anfang nächsten Jahres für Maßnahmen dienen, durch die der Gebäudesektor nachhaltiger und umweltfreundlicher werden kann. Eine Teilnahme an der Konsultation ist bis 01.10.2013 möglich (s. Beitrag des StMI in diesem EB).

Online-Formular:

http://ec.europa.eu/environment/consultations/buildings_en.htm

VERKEHR

KONSULTATION DER KOMMISSION ÜBER QUALIFIKATION UND WEITERBILDUNG VON BERUFSKRAFTFAHRERN

Die Kommission hat am 17.07.2013 eine Konsultation zur Richtlinie 2003/59/EG über die Grundqualifikation und Weiterbildung der Fahrer bestimmter Kraftfahrzeuge für den Güter- oder Personenkraftverkehr gestartet. Mit den Ergebnissen der Befragung erhofft sich die Kommission beurteilen zu können, ob die Richtlinie ihre Ziele erreicht hat und welche konkreten Schritte und Maßnahmen ggf. ergriffen werden könnten, um die Effektivität und Wirksamkeit der Richtlinie zu steigern. Eine Teilnahme an der Konsultation ist noch bis zum 25.10.2013 möglich (s. Beitrag des StMI in diesem EB).

Weitere Informationen zur Konsultation und Online-Formular:

http://ec.europa.eu/transport/media/consultations/2013-professional-drivers-training_en.htm



TECHNOLOGIE UND INNOVATION

„INNOVATION INVESTMENT PACKAGE“ DER KOMMISSION FÜR ÖFFENTLICH-PRIVATE PARTNERSCHAFTEN IM RAHMEN VON HORIZONT 2020

Am 10.07.2013 hat die Kommission ein „Innovation Investment Package“ vorgestellt, welches im Vorgriff auf das künftige Forschungsrahmenprogramm Horizont 2020 gemeinsame Investitionen der EU, der Mitgliedstaaten und der europäischen Industrie von insgesamt 22,6 Mrd. € in Schlüsselbereichen von Forschung und Innovation ankündigt. In der Mitteilung „Öffentlich-private Partnerschaften im Rahmen von Horizont 2020: ein leistungsstarkes Instrument für Innovation und Wachstum in Europa“ werden Vorschläge präsentiert, mit denen durch industriegeführte Forschung die Wettbewerbsfähigkeit in wichtigen europäischen Wirtschaftssektoren gestärkt werden soll. Gleichzeitig soll zur Lösung großer gesellschaftlicher Herausforderungen beigetragen werden. Der größte Teil der Investitionen in Höhe von 17,5 Mrd. € soll in die Schaffung und Fortführung von fünf sog. Gemeinsamen Technologieinitiativen (JTI) in Form Gemeinsamer Unternehmen nach Art. 187 AEUV fließen. Sie sollen die Themen innovative Arzneimittel, Luftfahrt, biobasierte Industriezweige, Brennstoffzellen und Wasserstoff sowie Elektronik abdecken, zu denen jeweils ein legislativer Vorschlag die Mitteilung begleitet. Auch das Gemeinsame Unternehmen des Luftverkehrsmanagement SESAR soll ab 2014 mit 600 Mio. € aus Horizont 2020 bedacht und die derzeitige Verordnung (EG) 219/2007 überarbeitet werden.

Pressemitteilung der Kommission :

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-668_de.htm

Mitteilung der Kommission :

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2013:0494:FIN:de:PDF>

Vorschlag für Gemeinsame Technologieinitiative „Innovative Arzneimittel 2“ :

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2013:0495:FIN:DE:PDF>

Vorschlag für Gemeinsame Technologieinitiative „Brennstoffzellen und Wasserstoff 2“ (FCH 2) :

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2013:0506:FIN:DE:PDF>

Vorschlag für Gemeinsame Technologieinitiative „Clean Sky 2“ :

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2013:0505:FIN:DE:PDF>

Vorschlag für Gemeinsame Technologieinitiative „Biobasierte Industriezweige“ :

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2013:0496:FIN:DE:PDF>

Vorschlag für Gemeinsame Technologieinitiative ECSEL :

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2013:0501:FIN:DE:PDF>

Vorschlag für das gemeinsame Unternehmen SESAR :

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2013:0503:FIN:de:PDF>

KOMMISSION UNTERSTÜTZT TECHNOLOGIE-STARTUPS MIT 100 MIO. €

Die Kommission hat am 11.07.2013 die dritte Finanzierungsrunde im Rahmen der 2011 ins Leben gerufenen öffentlich-privaten Partnerschaft „Internet der Zukunft“ gestartet. Dabei sollen rund 1.000



Technologieunternehmen für die Entwicklung digitaler Dienste in den Bereichen Verkehr, Gesundheit, intelligente Produktion, Energie und Medien mit 100 Mio. € unterstützt werden. Diese Partnerschaft soll Unternehmen und Behörden dabei unterstützen, sich das mobile Internet und die digitale Entwicklung besser zunutze zu machen und Innovation und Beschäftigung in den digitalen Wirtschaftszweigen Europas zu fördern. Die Mittel werden an über 20 Konsortien (z. B. Risikokapitalgeber, Crowdfunding-Plattformen oder KMU-Verbände) vergeben. Diese erhalten Unterstützung, wenn ihre vorgeschlagenen Dienste einen Bezug zu den von „Internet der Zukunft“ vorgegebenen Technologien wie Cloud Computing, Big Data und das Internet der Dinge aufweisen und eine möglichst große wirtschaftliche Wirkung entfalten können.

Pressemitteilung der Kommission :

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-682_de.htm

SONSTIGES

KOMMISSION GENEHMIGT ÜBERNAHME VON NET4GAS DURCH ALLIANZ UND OMERS

Die Kommission gab am 18.07.2013 grünes Licht für die Übernahme des tschechischen Gasnetzbetreibers Net4gas durch die Allianz Infrastructure Luxembourg, die Teil der deutschen Allianz Gruppe ist, und durch den niederländischen Infrastrukturinvestor Borealis, der wiederum dem kanadischen Pensionsfonds OMERS angehört. Die Kommission kam zu dem Schluss, dass die angemeldete Übernahme den Wettbewerb nicht beeinträchtigen werde, da die Aktivitäten der Parteien sich nicht überschneiden würden. Zudem werde durch die Transaktion keine vertikale Verbindung der jeweiligen Aktivitäten der beiden Firmen entstehen. Die Genehmigung erfolgte im vereinfachten Verfahren der EU-Fusionskontrolle.

Die Entscheidung wird eingestellt unter:

http://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=2_M_6925

STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN

ERGEBNISSE DES AGRARRATS AM 15.07.2013 IN BRÜSSEL

Beim Rat für Landwirtschaft und Fischerei am 15.07.2013 in Brüssel erläuterte für den Bereich Landwirtschaft der litauische Landwirtschaftsminister und Ratspräsident *Vigilijus Jukna* sein Arbeitsprogramm, in dessen Zentrum die endgültige und formale Annahme der GAP-Reform und die Einigung bis Ende des Jahres zu GAP-Übergangsregelungen für 2014 stehen. Um eine Einigung bei den GAP-Themen mit Bezug zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2014 - 2020 (MFR) zu erreichen (EB 12/2013), will *Jukna* nur im Rahmen des angepassten Mandates vom 25.06.2013 mit dem EP verhandeln. Diese Position wurde von DEU und zwölf weiteren Mitgliedstaaten unterstützt. Danach besteht nur bei der degressiven Gestaltung der Direktzahlungen für Großbetriebe Verhandlungsspielraum, allerdings in engen Grenzen: So sollen die Mitgliedstaaten die Möglichkeit erhalten, auf die Degression zu verzichten, wenn sie stattdessen eine Umverteilungsprämie für



die ersten Hektarflächen gewähren. Darüber hinaus berichtete die Kommission über weitere Schritte zur Vermeidung der Falschkennzeichnung von Rindfleischprodukten (nicht gekennzeichnete Ersatz von Rind- durch Pferdefleisch) und die Risikoanalyse für das Insektizid Fipronil hinsichtlich Bienengesundheit. Weitere Themen waren die mögliche Kennzeichnung des Fleisches von betäubungslos geschlachteten („geschächteten“) Nutztieren, die Konsequenzen aus dem Ausbruch der Newcastle Seuche auf Zypern für die dortige Geflügelwirtschaft und die Eindämmung der Verschwendung von Lebensmitteln.

Pressemitteilung:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/138086.pdf

EP-UMWELTAUSSCHUSS STIMMT OBERGRENZE FÜR BIOKRAFTSTOFFE AUS NAHRUNGSMITTELPFLANZEN UND ANRECHNUNG VON ILUC ZU

Am 11.07.2013 nahm der EP-Umweltausschuss (ENVI) den Berichtsentwurf von MdEP *Corinne Lepage* (ALDE, FRA) zur Änderung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie und der Kraftstoffqualitätsrichtlinie (EB 07/2013) mit 43 Ja-Stimmen (bei 26 Nein-Stimmen und einer Enthaltung) an. Danach soll bis 2020 eine Obergrenze von 5,5 % (Kommissionsvorschlag: 5 %, EB 18/2012) für Biokraftstoffe der ersten Generation (aus Nahrungsmittelpflanzen gewonnen) eingeführt werden. Um das 10 %-Ziel für erneuerbare Energien im Transportsektor bis 2020 zu erreichen, sollen zukünftig vermehrt Biokraftstoffe der zweiten Generation (z. B. aus Abfall- oder Reststoffen) gefördert werden; bis 2020 soll deren Anteil mindestens 2 % betragen. Wie von der Kommission vorgeschlagen, sollen sie künftig bis zu vierfach auf das 10 %-Ziel angerechnet werden. Zusätzlich können auch 2 % des 10 %-Ziels durch Elektromobilität aus erneuerbaren Quellen erreicht werden. Ab 2018 sollen nur noch solche Biokraftstoffe anerkannt werden, die mindestens 60 % (derzeit 35 %) weniger CO₂ ausstoßen als fossile Kraftstoffe. Emissionen aus indirekten Landnutzungsänderungen (ILUC, EB 07/2013) seien bei der Bewertung zu berücksichtigen. Stellungnahmen wurden auch von den Ausschüssen für Industrie, Forschung und Energie (ITRE), Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (AGRI), Verkehr und Fremdenverkehr (TRAN) sowie internationalen Handel (INTA) abgestimmt. Die Abstimmung im EP-Plenum ist für den 10.09.2013 geplant.

Berichtsentwurf Lepage:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc>.

Pressemitteilung ENVI:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+IM-PRESS+20130708IPR16825+0+DOC+XML+V0//EN>

Stellungnahme AGRI:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc>.

Stellungnahme ITRE:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc>.

Stellungnahme TRAN:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc>.



Stellungnahme INTA:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.>

BIENENGESUNDHEIT: MITGLIEDSTAATEN STIMMEN TEILVERBOT DES INSEKTIZIDS FIPRONIL ZU

Am 16.07.2013 stimmten die Vertreter der Mitgliedstaaten im Ständigen Ausschuss für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit (SCFCAH) einem Teilverbot des Insektizidwirkstoffs Fipronil zu. 23 Mitgliedstaaten stimmten dafür, zwei dagegen und drei enthielten sich. Am 27.05.2013 hatte die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) im Rahmen einer Stellungnahme festgestellt, dass Fipronil ein hohes akutes Risiko für Honigbienen darstellt wenn es zur Saatgutbehandlung von Mais eingesetzt wird (EB 10/2013). Nach den Beschlüssen wird die Zulassung von Fipronil zur Saatgutbehandlung reduziert. Insbesondere die Behandlung von Mais- und Sonnenblumensaatgut ist nicht mehr erlaubt. Weiterhin möglich ist eine Saatgutbehandlung für den Gewächshausanbau und für bestimmte Gemüsearten, die vor der Blüte geerntet werden (z. B. Lauch- und Kohllarten). Diese Maßnahmen werden in den nächsten Wochen von der Kommission angenommen und anschließend im Amtsblatt der EU veröffentlicht. Sie werden am 31.12.2013 in Kraft treten. Behandeltes Saatgut kann noch bis zum 28.02.2014 ausgesät werden. Nach zwei Jahren wird die Kommission die beschlossenen Maßnahmen überprüfen.

Mitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-708_en.htm?locale=en

EFSA LEGT LEITLINIEN ZUR BEWERTUNG DER BIENENGEFÄHRLICHKEIT VON PESTIZIDEN VOR

Am 04.07.2013 veröffentlichte die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) neue Leitlinien zur Beurteilung des Risikos für Honigbienen, Hummeln und Solitärbiene durch den Einsatz von Pestiziden. Im Auftrag der Kommission versucht die EFSA damit, bisherige Lücken hinsichtlich einer chronischen Exposition und eines Risikos für die Brut zu beheben. Ausgehend von spezifischen Schutzziele, misst nun ein mehrstufiges Bewertungsmodell die Auswirkungen eines Pestizideinsatzes unter Feldbedingungen. Dabei werden Gefahren durch (i) Kontakt mit dem Pestizid (nach Abdrift von Spritzmittel oder Staubpartikeln) sowie die Aufnahme von (ii) Pollen, (iii) Nektar, (iv) Wasser (pflanzliche Guttation, Oberflächenwasser, Pflützen) und (v) von in Pollen oder Nektar vorhandenen Metaboliten berücksichtigt.

EFSA-Dokument (in englischer Sprache) abrufbar unter:

<http://www.efsa.europa.eu/de/efsajournal/doc/3295.pdf>

KOMMISSION STARTET ÖFFENTLICHE KONSULTATION GEGEN DIE VERSCHWENDUNG VON LEBENSMITTELN

Am 09.07.2013 startete die Kommission die öffentliche Konsultation „Sustainability of the Food System“. Darin werden Maßnahmen gesucht, die zu einer Verringerung der Lebensmittelverschwendung beitragen und eine effiziente Ressourcennutzung im Lebensmittelsystem sicherstellen. Statistisch werfe jeder Europäer jährlich 180 kg Lebensmittel in den Müll. Das ergebe für die EU insgesamt 89 Mio. t. Diese hohe Zahl sei „moralisch



und wirtschaftlich inakzeptabel“, so Umweltkommissar *Potočnik*. Zudem würden im Laufe der Produktion wertvolle Ressourcen verschwendet. Interessensvertreter, Unternehmen, Nicht-Regierungsorganisationen, Behörden und Bürger sind aufgerufen bis zum 01.10.2013 Ideen vorzubringen. Sie werden in eine Mitteilung über nachhaltige Lebensmittel einfließen, die die Kommission noch 2013 vorlegen will. Darin sollen die Verschwendung von Lebensmitteln und die Verringerung der Ressourcenineffizienzen in der Lebensmittelkette untersucht werden.

Konsultationsdokument:

http://ec.europa.eu/environment/consultations/pdf/Questionnaire_food.pdf

Überblick:

http://ec.europa.eu/environment/consultations/food_en.htm

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-688_de.htm

KOMMISSION STARTET ÖFFENTLICHE KONSULTATION ZUR NACHHALTIGEN VERWENDUNG VON PHOSPHOR

Am 08.07.2013 eröffnete die Kommission eine öffentliche Konsultation zu einer nachhaltigeren Phosphorverwendung. In der konsultativen Mitteilung weist sie darauf hin, dass Phosphor in der Landwirtschaft vielfältig eingesetzt werde und ein wesentliches Element von Dünge- und Futtermitteln sei. Es gebe keine Alternative zu dieser Ressource. Die Vorräte seien begrenzt, die Preise unbeständig. Derzeit werde viel Phosphor verschwendet, was zu Bedenken hinsichtlich Kosten und künftiger Verfügbarkeit in der EU und weltweit führe. Im Rahmen der konsultativen Mitteilung werden Fragen gestellt, wie sichergestellt werden kann, dass auch künftigen Generationen Phosphor zur Verfügung steht, und wie unerwünschte Nebeneffekte der Phosphorverwendung auf die Umwelt, z. B. die Eutrophierung von Gewässern, minimiert werden können. Die Konsultation läuft noch bis zum 01.12.2013 und richtet sich an die europäischen Institutionen, alle interessierten Organisationen und Privatpersonen. Die Kommission will die Beiträge im Laufe des Jahres 2014 prüfen und die Ergebnisse in die einschlägigen Politikbereichen (Agrarpolitik, Wasser- und Abfallbestimmungen, Vorschriften für Rohstoffe) einarbeiten.

Konsultative Mitteilung:

<http://ec.europa.eu/environment/consultations/pdf/phosphorus/DE.pdf>

Überblick zur Konsultation (EN):

http://ec.europa.eu/environment/consultations/phosphorus_en.htm

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-658_de.htm



KOMMISSION VERÖFFENTLICHT KURZFRISTIGE MARKTAUSSICHTEN FÜR AGRARPRODUKTE 2013/14

Im Short-Term Agricultural Outlook, der am 04.07.2013 von der Generaldirektion für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung veröffentlicht wurde, gibt die Kommission ihre Markteinschätzung für Ackerkulturen, Milch- und Fleischprodukte für 2013/14 bekannt. Nach einer angespannten Phase 2012/13 werden für das kommende Wirtschaftsjahr Produktionssteigerungen erwartet.

Short-Term Agricultural Outlook:

http://ec.europa.eu/agriculture/markets-and-prices/short-term-outlook/pdf/summer-2013_en.pdf

Überblick über die Prognosen für landwirtschaftliche Preise und Märkte der Kommission:

http://ec.europa.eu/agriculture/markets-and-prices/index_en.htm

RAT EINIGT SICH AUF POSITION ZUM EU-HAUSHALT 2014

Der Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV, Botschafter) hat am 18.07.2013 seine Position zum EU-Haushalt 2014 angenommen. Die Verpflichtungsermächtigungen sollen - ohne Instrumente außerhalb des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) - 141,77 Mrd. € (1,05 % des BNE) betragen, die Zahlungsermächtigungen 134,8 Mrd. € (1,0 % des BNE). Im Vergleich zum Vorjahr sinken die Verpflichtungsermächtigungen nach der Ratsposition um 9,33 Mrd. € oder 6,15 %, die Zahlungsermächtigungen steigen um 1,79 Mrd. € oder 1,35 %. Der vor Kurzem verabschiedete Berichtigungshaushalt zum EU-Haushalt 2013, mit dem in einer ersten Tranche zusätzliche Zahlungsermächtigungen in Höhe von 7,3 Mrd. € bewilligt wurden, ist dabei aber noch nicht berücksichtigt. Wird dieser Berichtigungshaushalt in die Betrachtung einbezogen, dann sinken die Zahlungsermächtigungen im Vergleich zum Vorjahr signifikant. Das EP wird seine Position voraussichtlich in der Plenarwoche vom 21. - 24.10.2013 festlegen. Weicht die EP-Position – wie zu erwarten ist – von der des Rates ab, kommt es vom 24.10. - 13.11.2013 zu einem 21-tägigen Vermittlungsverfahren. Bis Ende des Jahres soll der Haushaltsplan 2014 vom EP endgültig festgestellt werden (s. Beitrag des StMF in diesem EB).

Pressemitteilung des Rates:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/ecofin/138144.pdf

MDEP JEAN-LUC DEHAENE NEUER BERICHTERSTATTER ZUM MFR

MdEP *Jean-Luc Dehaene* (EVP, BEL), stellvertretender Vorsitzender des Haushaltsausschusses des EP und von 1992 - 1999 belgischer Ministerpräsident, wurde am 11.07.2013 zum neuen Berichterstatter für den Mehrjährigen Finanzrahmen 2014 - 2020 (MFR) ernannt. Der bisherige Berichterstatter zum MFR, MdEP *Reimer Böge*, war am 20.06.2013 im Zuge der sehr strittigen Verhandlungen zum MFR zurückgetreten (EB 11/2013). *Jean-Luc Dehaene* war als Berichterstatter zu den Eigenmitteln bereits Mitglied des Verhandlungsteams des EP und übernimmt nunmehr auch die Berichterstattung zum MFR (s. Beitrag des StMF in diesem EB).



Pressemitteilung der EVP:

<http://www.eppgroup.eu/press-release/MFF%3A-Jean-Luc-Dehaene-new-Rapporteur>

ENVI-AUSSCHUSS STIMMT FÜR DEN VORSCHLAG ZUR ÄNDERUNG DER TABAKPRODUKTRICHTLINIE

Der Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) des EP hat am 10.07.2013 dem Gesetzesentwurf zur Änderung der Tabakprodukttrichtlinie (2001/37/EG) mit 50 Ja- und 13 Nein-Stimmen sowie acht Enthaltungen zugestimmt (s. Beitrag des StMUG in diesem EB). Künftig sollen demnach Geschmacksverstärker, irreführende Werbung und sog. Slim-Zigaretten verboten werden, Gesundheitswarnungen 75 % der Verpackungen beidseitig einnehmen und elektronische Zigaretten (E-Zigaretten) den Regeln für medizinische Produkte unterliegen. Der Schnupftabak wurde von den Vorschriften über die Zusatzstoffe (Verbot von charakteristischen Aromen) ausgenommen.

Pressemitteilung:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc>.

STAATSMINISTERIUM FÜR ARBEIT, SOZIALORDNUNG, FAMILIE UND FRAUEN

ENTSCHLIESSUNG DES EP ZU DEN AUSWIRKUNGEN DER KRISE AUF DEN ZUGANG SCHUTZBEDÜRFTIGER GRUPPEN ZU PFLEGEDIENSTLEISTUNGEN

In seiner EntschlieÙung vom 04.07.2013 beschäÙtigt sich das Europäische Parlament (EP) mit dem Zugang schutzbedürftiger Bevölkerungsgruppen zu Fürsorgeleistungen in Zeiten der Krise. Darin fordert das EP die Kommission und die Mitgliedstaaten z. B. zu Investitionen in Sozialdienstleistungen auf, da diese in Zeiten des demografischen Wandels und der Krise von entscheidender Bedeutung seien. Nach seiner Auffassung wurden viele kurzfristige Sparmaßnahmen bislang nicht umfassend hinsichtlich ihrer sozialen und wirtschaftlichen Folgen untersucht und könnten insbesondere für schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen zu unverhältnismäÙigen Nachteilen führen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fTEXT%2bTA%2b20130704%2bTOC%2bDOC%2bXML%2bV0%2f%2fDE>

KONSULTATION DER SOZIALPARTNER ZU SCHWARZARBEIT

Bis 20.09.2013 haben die Vertreter von Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen Gelegenheit, sich zu möglichen künftigen Maßnahmen der EU zur Bekämpfung nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit im Rahmen einer Konsultation zu äußern. Die Kommission strebt eine bessere Zusammenarbeit der mitgliedstaatlichen Durchsetzungsbehörden, wie z. B. Arbeitsaufsichts-, Steuer- oder Sozialversicherungsbehörden, an. Dadurch



könnten u. a. bewährte Verfahren für Präventions- oder Abschreckungsmaßnahmen ausgetauscht sowie gemeinsame Mitarbeiterschulungen und Kontrollmaßnahmen gefördert werden.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=1936&furtherNews=yes>

BERICHTSENTWURF DES JURI- UND FEMM-AUSSCHUSSES DES EP ZUR SOG. FRAUENQUOTE VORGESTELLT

Die beiden Berichterstatterinnen des federführenden Rechtsausschusses bzw. Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter, *MdEP Evelyn Regner* (S&D, AUT) und *MdEP Rodi Kratsa-Tsagaropoulou* (EVP, GRC), haben am 09.07.2013 ihren gemeinsamen Berichtsentwurf zum Richtlinienvorschlag zur Gewährleistung einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern unter den nicht geschäftsführenden Direktoren/Aufsichtsratsmitgliedern börsennotierter Gesellschaften und über damit zusammenhängende Maßnahmen vorgestellt. Sie sehen dabei insbesondere die Ausdehnung des Anwendungsbereichs der Richtlinie auf kleine und mittlere Unternehmen (KMUs) vor, die nach dem Kommissionsvorschlag ausdrücklich ausgenommen sind. Außerdem schlagen sie die Streichung der Ausnahmemöglichkeit der Mitgliedstaaten für börsennotierte Gesellschaften vor, in denen das unterrepräsentierte Geschlecht weniger als zehn Prozent der Belegschaft ausmacht.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fNONGML%2bCOMPARL%2bPE-514.670%2b01%2bDOC%2bPDF%2bV0%2f%2fDE>

ERSTE AUSGABE DER „EUROPEAN SOCIAL STATISTICS“ VON EUROSTAT

Eurostat, das statistische Amt der EU, hat die erste Ausgabe der „European social statistics“ veröffentlicht, die die bestehenden Sozialstatistiken zusammenfasst. Die Veröffentlichung ist in die sieben Kapitel Bevölkerung, Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, Bildung und Weiterbildung, Arbeitsmarkt, Einkommen und Lebensbedingungen, Sozialschutz sowie Kriminalität und Strafverfolgung unterteilt.

http://europa.eu/rapid/press-release_STAT-13-112_de.htm

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-FP-13-001/EN/KS-FP-13-001-EN.PDF

STAATSMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KULTUS

ERSTE GESAMT-SOZIALSTATISTIK FÜR DIE EU HEBT ENGEN ZUSAMMENHANG ZWISCHEN BILDUNGSGRAD UND ARMUT HERVOR

Das statistische Amt der Europäischen Union *Eurostat* hat am 17.07.2013 die erste Ausgabe der „Europäischen Sozialstatistik“ veröffentlicht. Der Bericht bietet einen umfassenden Überblick über sozialrelevante Themen in der EU, darunter auch Bildung und Ausbildung. Demnach hängt die Bildungsbeteiligung in den Mitgliedstaaten von einer großen Bandbreite an Faktoren ab, u.a. die Schulpflicht,



die Verfügbarkeit von Bildungsangeboten sowie die Altersstruktur der Bevölkerung. In ihrer Pressemitteilung zur Veröffentlichung betont die Kommission, dass in allen Mitgliedstaaten, auch in Deutschland, ein hoher Bildungsgrad das Armutsgefährdungsrisiko deutlich minimiert: Während in den EU-Mitgliedstaaten nahezu ein Viertel der Bevölkerung über 18 Jahren mit niedrigem Bildungsgrad (maximal Besuch der Sekundarstufe I) von Armut bedroht ist (in Deutschland: 25,8 %), sind es nur gut 7 % der Personen (in Deutschland: 7,7 %) mit hohem Bildungsgrad (Tertiärabschluss).

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_STAT-13-112_de.htm

Link zur europäischen Sozialstatistik – Ausgabe 2013:

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/product_details/publication?p_product_code=KS-FP-13-001

EUROPÄISCHES JUGENDPORTAL NEU GESTALTET

Lernen, Leben und Arbeiten in Europa für die junge Generation: Mit der Neugestaltung des Europäischen Jugendportals der Kommission sollen junge Menschen zielgerichtete nationale und europäische Informationen zu jugendrelevanten Themen erhalten. Das Portal ist nach Themenbereichen gegliedert und bietet Informationen u.a. zu den Bereichen Aus- und Fortbildung, Freiwilligentätigkeit, Beschäftigung und Unternehmertum, Jugend in der Welt und Kreativität und Kultur. Die Informationen, u.a. zu europäischen Fördermöglichkeiten z.B. für Austauschprogramme, Freiwilligentätigkeiten und Praktika im EU-Ausland, können in mehreren Sprachen zu einzelnen Ländern sowie zu Europa insgesamt abgerufen werden.

http://europa.eu/youth/EU_de

STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND KUNST

KOMMISSIONSMITTEILUNG ZUR INTERNATIONALISIERUNG DER HOCHSCHULBILDUNG

Am 11.07.2013 hat die Kommission ihre Mitteilung „Europäische Hochschulbildung in der Welt“ vorgelegt. Die neue Initiative mit unverbindlichem Empfehlungscharakter verfolgt zwei Ziele: Zum einen sollen Europas Hochschulabsolventinnen und -absolventen für den internationalen Arbeitsmarkt vorbereitet werden, zum anderen soll Europa als internationale Austauschdestination für Studenten aus der EU oder aus Drittstaaten attraktiv bleiben. Insgesamt soll mit dem Vorschlag der Kommission dazu beigetragen werden, dass die europäischen Hochschulen auf dem globalen Binnenmarkt wettbewerbsfähig sind. Auch die Kommission selbst will ihren Beitrag leisten, um diese Ziele zu erreichen. Die meisten diesbezüglichen Vorhaben sind bereits bekannt. So werden der Start des europäischen Hochschulrankingprojekts „U-Multirank“, die Überarbeitung der Richtlinien über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zu Forschungs- oder Studienzwecken und die Unterstützung des mitgliedstaatlichen



Hochschulmarketings genannt. Einzig erkennbares neues Element ist eine Initiative zur Förderung des grenzüberschreitenden digitalen Lernens. Letzterer Vorschlag wird auch einen Schwerpunkt der litauischen Präsidentschaft im Bildungsbereich darstellen.

Mitteilung der Kommission:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2013:0499:FIN:DE:PDF>

KOMMISSIONSVORSCHLÄGE FÜR ÖFFENTLICH-PRIVATE PARTNERSCHAFTEN IM RAHMEN VON „HORIZONT 2020“

Am 10.07.2012 stellte die Kommission ihr „Innovation Investment Package“ vor, welches eine im Vorgriff auf das künftige Forschungsrahmenprogramm gemeinsame Investition der EU und der europäischen Industrie von 22,6 Mrd. € in Schlüsselbereiche von Forschung und Innovation ankündigte. Unter dem Titel „Öffentlich-private Partnerschaften im Rahmen von ‚Horizont 2020‘: ein leistungsstarkes Instrument für Innovation und Wachstum in Europa“ wurden Vorschläge präsentiert, mit denen durch industriegeführte Forschung die Wettbewerbsfähigkeit in wichtigen europäischen Wirtschaftssektoren gestärkt und gleichzeitig zur Lösung großer gesellschaftlicher Herausforderungen beigetragen werden soll. Der größte Teil der Investitionen durch EU, Mitgliedstaaten und europäische Industrie in Höhe von 17,5 Mrd. € soll in die Schaffung und Fortführung von fünf sog. Gemeinsamen Technologieinitiativen (Joint Technology Initiatives, JTI) in Form gemeinsamer Unternehmen nach Art. 187 AEUV fließen. Sie sollen die Themen innovative Arzneimittel, Luftfahrt, biobasierte Industriezweige, Brennstoffzellen und Wasserstoff sowie Elektronik abdecken. Die Investitionssumme von insgesamt 22,6 Mrd. € setzt sich wie folgt zusammen: 8,5 Mrd. € sollen durch das künftige Forschungsrahmenprogramm „Horizont 2020“ bereitgestellt werden. Der größte Betrag von knapp 10 Mrd. € wird durch die Industrie getragen und die restlichen 4 Mrd. € steuern die Mitgliedstaaten bei.

Mitteilung der Kommission:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2013:0494:FIN:de:PDF>

Vorschlag für gemeinsames Unternehmen „Initiative Innovative Arzneimittel 2“:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2013:0495:FIN:DE:PDF>

Vorschlag für gemeinsames Unternehmen „Brennstoffzellen und Wasserstoff 2“ (FCH 2):

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2013:0506:FIN:DE:PDF>

Vorschlag für gemeinsames Unternehmen „Clean Sky 2“:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2013:0505:FIN:DE:PDF>

Vorschlag für gemeinsames Unternehmen „Biobasierte Industriezweige“:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2013:0496:FIN:DE:PDF>

Vorschlag für gemeinsames Unternehmen ECSEL:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2013:0501:FIN:DE:PDF>



BAYERISCHE FORSCHER ERFOLGREICH BEI ERC-STIPENDIEN

Acht Spitzenforscher an bayerischen Universitäten erhalten nach den am 19.07.2013 veröffentlichten Ergebnissen der diesjährigen Antragsrunde einen „Starting Grant“ des Europäischen Forschungsrates (ERC). Dabei entfallen vier Grants auf die TU München, davon einer auf das Klinikum rechts der Isar, zwei weitere auf die Ludwig-Maximilians-Universität sowie je ein Grant auf die Julius-Maximilians-Universität Würzburg und die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen Nürnberg. Ein weiterer Grant geht an das Max-Planck-Institut für Quantenoptik in Garching. Damit nimmt Bayern gemeinsam mit Baden-Württemberg deutschlandweit unter den Universitäten weiterhin die Spitzenposition ein.

http://erc.europa.eu/sites/default/files/press_release/files/press_release_stg2013_results.pdf

STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND GESUNDHEIT

ENVI-AUSSCHUSS STIMMT FÜR DEN VORSCHLAG ZUR ÄNDERUNG DER TABAKPRODUKTRICHTLINIE

Der Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) des EP hat am 10.07.2013 dem Gesetzesentwurf zur Änderung der Tabakproduktrichtlinie (2001/37/EG) mit 50 Ja- und 13 Nein-Stimmen sowie acht Enthaltungen zugestimmt. Künftig sollen demnach Geschmacksverstärker, irreführende Werbung und sog. Slim-Zigaretten verboten werden, Gesundheitswarnungen 75 % der Verpackungen beidseitig einnehmen und elektronische Zigaretten (E-Zigaretten) den Regeln für medizinische Produkte unterliegen. Der Schnupftabak wurde von den Vorschriften über die Zusatzstoffe (Verbot von charakteristischen Aromen) ausgenommen.

Pressemitteilung:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fNONSGML%2bIM-PRESS%2b20130708IPR16824%2b0%2bDOC%2bPDF%2bV0%2f%2fEN>

KOMMISSION FRAGT NACH VERBESSERUNGSMÖGLICHKEITEN DES ZUGANGS ZU GERICHTEN IN UMWELTANGELEGENHEITEN

Im Zeitraum vom 28.06.2013 bis zum 23.09.2013 führt die Kommission eine Konsultation zu dem Problem durch, wie sich der Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten verbessern lässt. Dabei fragt sie in drei Abschnitten nach der grundsätzlichen Bedeutung der einzelnen Gewährleistungen eines wirksamen Zugangs zu Gerichten in Umweltangelegenheiten, nach diesbezüglichen Verbesserungsmöglichkeiten und schließlich nach der konkreten Rolle von EU-Maßnahmen in diesem Rahmen.

http://ec.europa.eu/environment/consultations/access_justice_en.htm



EUROBAROMETER-UMFRAGE LEGT DEFIZITE DER VERBRAUCHERINFORMATION BEI UMWELTFREUNDLICHEN PRODUKTEN NAHE

Am Freitag, dem 08.07.2013, stellte die Kommission die Ergebnisse einer Eurobarometer-Umfrage (N° 367) über die Haltung der Europäer zur Schaffung eines Binnenmarktes für umweltfreundliche Produkte vor, laut derer Verbraucher zwar ganz überwiegend positiv zu umweltfreundlichen Produkten eingestellt sind, sich jedoch zu wenig informiert fühlen und skeptisch gegenüber eigenen Angaben von Herstellern und Unternehmen sind. In Deutschland sind die Verbraucher zwar überdurchschnittlich skeptisch, kaufen aber dennoch überdurchschnittlich regelmäßig umweltfreundliche Produkte.

Pressemitteilung:

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/11543_de.htm

KOMMISSION STARTET ÖFFENTLICHE KONSULTATION ZUR NACHHALTIGEN VERWENDUNG VON PHOSPHOR

Am 08.07.2013 eröffnete die Kommission eine öffentliche Konsultation zu einer nachhaltigeren Phosphorverwendung. In der konsultativen Mitteilung weist sie darauf hin, dass Phosphor in der Landwirtschaft vielfältig eingesetzt wird und ein wesentliches Element von Dünge- und Futtermitteln ist. Es gebe keine Alternative zu dieser Ressource. Die Vorräte seien begrenzt, die Preise unbeständig. Derzeit werde viel Phosphor verschwendet, was zu Bedenken hinsichtlich Kosten und künftiger Verfügbarkeit in der EU und weltweit führe. Im Rahmen der konsultativen Mitteilung werden Fragen gestellt, wie sichergestellt werden kann, dass auch künftigen Generationen Phosphor zur Verfügung steht, und wie unerwünschte Nebeneffekte der Phosphorverwendung auf die Umwelt, z. B. die Eutrophierung von Gewässern, minimiert werden können. Die Konsultation läuft noch bis zum 01.12.2013 und richtet sich an die europäischen Institutionen, alle interessierten Organisationen und Privatpersonen. Die Kommission will die Beiträge im Laufe des Jahres 2014 prüfen und die Ergebnisse in die einschlägigen Politikbereiche (Agrarpolitik, Wasser- und Abfallbestimmungen, Vorschriften für Rohstoffe) einarbeiten (s. hierzu Beitrag des StMELF in diesem EB).

Konsultative Mitteilung:

<http://ec.europa.eu/environment/consultations/pdf/phosphorus/DE.pdf>

Überblick zur Konsultation (in englischer Sprache):

http://ec.europa.eu/environment/consultations/phosphorus_en.htm

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-658_de.htm

KOMMISSION STARTET KONSULTATION ZU DEN UMWELTAUSWIRKUNGEN VON GEBÄUDEN

Die Kommission hat am 09.07.2013 eine Konsultation zum Thema „Verringerung der Umweltauswirkungen von Gebäuden“ gestartet. Die Konsultation soll zur Vorbereitung von Empfehlungen der Kommission für



Maßnahmen dienen, durch die der Gebäudesektor nachhaltiger und umweltfreundlicher werden kann. Eine Teilnahme an der Konsultation ist bis 01.10.2013 möglich (s. hierzu Beitrag des StMI in diesem EB).

Online-Formular:

http://ec.europa.eu/environment/consultations/buildings_en.htm

KOMMISSION STARTET KONSULTATION GEGEN DIE VERSCHWENDUNG VON LEBENSMITTELN

Am 09.07.2013 startete die Kommission die öffentliche Konsultation „Sustainability of the Food System“. Darin werden Maßnahmen gesucht, die zu einer Verringerung der Lebensmittelverschwendung beitragen und eine effiziente Ressourcennutzung im Lebensmittelsystem sicherstellen. Durchschnittlich werfe jeder Europäer jährlich 180 kg Lebensmittel in den Müll. Das ergebe für die EU insgesamt 89 Mio. t. Diese hohe Zahl sei „moralisch und wirtschaftlich inakzeptabel“, so Umweltkommissar *Potočnik* (s. hierzu Beitrag des StMELF in diesem EB).

Konsultationsdokument:

http://ec.europa.eu/environment/consultations/pdf/Questionnaire_food.pdf

Überblick:

http://ec.europa.eu/environment/consultations/food_en.htm

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-688_de.htm

IUK- UND MEDIENPOLITIK

NETZNEUTRALITÄT: KOMMISSION WILL VEREINBARUNGEN ZWISCHEN INTERNETPROVIDERN UND INHALTEANBIETERN ZUR DATENKLASSIFIZIERUNG ZULASSEN

Ein vorab bekannt gewordener Verordnungsentwurf der Kommission, der auf die Schaffung eines einheitlichen europäischen Marktes für elektronische Kommunikation abzielt, erfasst auch das Thema Netzneutralität (EB 10/13). Nach dieser Regelung sollen u.a. Verträge zwischen Internet Providern und Inhalte-Anbietern über die Handhabung von Datenmengen und deren Übertragungsqualität ausdrücklich zugelassen werden. Die Zulassung solcher Verträge wurde im EP quer durch die Fraktionen bereits heftig kritisiert. Noch bis 26.07.2013 können im Rahmen der öffentlichen Konsultation Anmerkungen vorgebracht werden. Die endgültige Version des Kommissions-Entwurfes soll dann offiziell im September 2013 vorgelegt werden.

<http://netzpolitik.org/wp-upload/CONSOLIDATED-DRAFT-for-ISC-070713.pdf>



ITRE-AUSSCHUSS SPRICHT SICH FÜR ABSCHAFFUNG DER ROAMINGGEBÜHREN BIS 2015 AUS

Am 09.07.2013 beschlossen die Abgeordneten des federführenden ITRE-Ausschusses einstimmig den Plan der Kommissionsvizepräsidentin *Neelie Kroes* (Digitale Agenda), die Roaminggebühren für Handytelefonate, SMS sowie die mobile Nutzung von Internet bis 2015 vollständig abzuschaffen (EB 10/13). Darüber soll nun das Plenum des EP in der 37. KW abstimmen. *Neelie Kroes* hatte angekündigt, den gesamten Telekommunikationsmarkt reformieren zu wollen. Dazu will sie im Spätsommer einen Entwurf neuer Regelungen für die Telekommunikationsbranche vorlegen.

Weitere Informationen:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fTEXT%2bIM-PRESS%2b20130708IPR16828%2b0%2bDOC%2bXML%2bV0%2f%2fEN&language=DE>

EP VERABSCHIEDET INITIATIVBERICHT ZU „CONNECTED TV“ – LITAUISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT SICHERT VOLLE UNTERSTÜTZUNG ZU

Mit großer Mehrheit (525 Ja-Stimmen, 62 Nein-Stimmen, bei 24 Enthaltungen) verabschiedete das Plenum des EP am 04.07.2013 einen Initiativbericht zum Thema „Connected TV“ von MdEP *Petra Kammerevert* (S&D, DEU). Darin fordert sie sog. „must-be-found-Regelungen“ für gesellschaftlich gewünschte Qualitätskontrolle (EB 10/13). Außerdem müsse stärker auf eine Ko- und Selbstregulierung der Medienanbieter gesetzt werden, um auch künftig Jugendschutz, faire Werberegulungen und Vielfalt unabhängiger Medienangebote der bislang vom Gesetzgeber getrennt geregelten Bereiche Internet und Fernsehen zu garantieren.

Berichtsentwurf:

<http://kammerevert.eu/html/31599/welcome/Connected-TV.html>

EP: RECHTSAUSSCHUSS ERTEILT MANDAT FÜR TRILOGVERHANDLUNGEN MIT RAT UND KOMMISSION ZUR RICHTLINIE ÜBER KOLLEKTIVE RECHTEWAHRNEHMUNG

Am 09.07.2013 hat der JURI-Ausschuss des EP einstimmig ein Mandat für die Verhandlungen mit Ministerrat und Kommission zur Richtlinie über die kollektive Rechtewahrnehmung beschlossen. Der Trilog soll im September 2013 beginnen mit dem Ziel, das Dokument in dem hierfür zuständigen Wettbewerbsrat anzunehmen (EB 03/13). Dabei geht es neben einer erleichterten Online-Nutzung von Musikwerken durch Erteilung von Mehrgebietslizenzen („few-stop-shop-System“) auch um die Verbesserung der Transparenz und Effizienz bei der Verwaltung von Urheberrechten.

Weitergehende Informationen:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fTEXT%2bIM-PRESS%2b20130708IPR16829%2b0%2bDOC%2bXML%2bV0%2f%2fEN&language=DE>

<http://www.mariellegallo.eu/en/page/09-07-2013-the-ep-legal-affairs-committee-adopts-a-common-position-to-modernise-collecting-societies-and-make-licensing-of-copyrighted-content-easier.html>



KOMMISSION UNTERSUCHT TELEKOMMUNIKATIONSUNTERNEHMEN WEGEN INTERNETDIENSTLEISTUNGEN

Seit 09.07.2013 führt die Kommission unangekündigte Inspektionen bei Telekommunikationsunternehmen durch, die Internetdienste anbieten. In den vergangenen Jahren haben Internetzugangsanbieter, die ihre Datenpakete, geregelt in sog. „Peering Agreements“, kostenneutral untereinander ausgetauscht haben, vermehrt Geld für die Durchleitung verlangt, sofern das Datenaufkommen auf ihrer Seite deutlich höher war als beim jeweiligen Transferpartner. Die Kommission prüft nun die Frage, ob die betroffenen Unternehmen ihre marktdominierende Stellung dadurch ausgenutzt haben, dass sie Daten, deren Verteilung US-Firmen für Internet-Konzerne übernehmen, bis zum Endkunden weiterleiten und von den Umsätzen der US-Firmen profitieren. Betroffen seien bisher u.a. die Deutsche Telekom, der französische Mobilfunkanbieter Orange und die spanische Telefonica.

Weitergehende Informationen:

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-681_en.htm

EP: S&D KRITISIERT GRIECHISCHEN MINISTERPRÄSIDENTEN SAMARAS WEGEN SCHLISSUNG VON ERT

In der Plenardebatte des EP vom 03.07.2013 wurde der griechische Ministerpräsident *Andonis Samaras* von den EP-Abgeordneten aufgrund der Schließung der öffentlichen Rundfunkanstalt ERT heftig kritisiert (EB 11/13). Bis auf wenige Ausnahmen werteten die Abgeordneten diesen Schritt als undemokratisch und inakzeptabel und sprachen sich für die Wiederherstellung des Rundfunksenders aus. Der Vizepräsident der Kommission *Maros Sefkovic* brachte am Ende der Debatte allerdings zum Ausdruck, dass die Situation in Griechenland insgesamt betrachtet viel besser sei als noch vor einem Jahr und die Reformbemühungen langsam Früchte trügen. Im Übrigen wiederholte er noch einmal, dass die Kommission ihrerseits nicht die Schließung des ERT gefordert habe.

Weitergehende Informationen:

<http://www.theparliament.com/no-cache/latestnews/news-article/newsarticle/group-leaders-condemn-closure-of-ert/>

EU-FINANZHILFEN ZUR ENTWICKLUNG VON APPS UND ANDEREN DIGITALEN DIENSTEN

Die Kommission hat am 11.07.2013 die dritte Finanzierungsrunde im Rahmen der 2011 ins Leben gerufenen öffentlich-privaten Partnerschaft „Internet der Zukunft“ gestartet. Dabei sollen rund 1.000 Technologieunternehmen für die Entwicklung von Apps und anderen digitalen Diensten in den Bereichen Medien, Verkehr, Gesundheit, intelligente Produktion, und Energie mit 100 Mio. € unterstützt werden (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB)